

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

29.5.1866 (No. 125)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 29. Mai.

N. 125.

Vorausbezahlung halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Beilage oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Karlsruhe, den 26. Mai.

Heute Nachmittag 4 1/2 Uhr haben Seine Königl. Hoheit der Großherzog den Königl. Belgischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Großherzoglichen Hofe, Baron von Beaulieu, in besonderer Audienz zu empfangen und aus dessen Händen das Schreiben Seiner Majestät des Königs der Belgier entgegenzunehmen geruht, welches den Herrn Gesandten in dieser Eigenschaft neu beglaubigt.

Hierauf wurde dem Herrn Gesandten die Ehre zu Theil, zur großherzogl. Tafel gezogen zu werden.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 28. Mai. 43. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Die Präsidenten der Ministerien des Innern und der Finanzen, Staatsräthe Dr. Lamey und Dr. Vogelmann, Generalleutnant Ludwig, Justizministerialdirektor Dr. Jungmanns, Geh. Referent für Cron, Geh. Kriegsrath v. Froben, Ministerialrath Schmidt und Finanzrath Eisenlohr.

Staatsrath Dr. Vogelmann legt, da voraussichtlich das Finanzgesetz diesen Monat nicht zum Abschluß kommen wird, einen Gesetzentwurf vor über Forthebung der Steuern für den Monat Juni nach dem bisherigen Umlagefuß.

Der Tagesordnung gemäß schreibt die Kammer zur Beratung des vom Abg. Frick erstatteten Berichts über das außerordentliche Budget des Justizministeriums, des Ministeriums des Innern, des Finanz- und des Kriegsministeriums.

Justizministerium. Für den Bau von Amtsgerichts-Gebäuden werden 135,917 fl. gefordert, 1500 fl. werden nicht bewilligt, weil deren Verwendung weiter als im Allgemeinen nicht bekannt.

Die übrigen Positionen werden genehmigt. Ministerium des Innern. Abg. Haager legt der Regierung die kritische Behandlung einer Quellensammlung über Sitten und Gebräuche des badischen Volkes an's Herz.

Der Bericht bemerkt u. A.:

„Im ordentlichen Budget wurden bereits die Mittel für den laufenden Aufwand bewilligt, den ein dritter Seminarskurs notwendig macht. Hier werden nun die Mittel gefordert für die erste Herstellung, wobei hauptsächlich die Konvikts-einrichtung, die dieser weitere Kurs nöthig macht, in Betracht kommt. Könnte man eine größere auf andern Veranlassungen zu erwerben die Vorbildung der eintretenden Seminaristen verlangen, so wäre für die bloß technische Vollenbung derselben ein zweijähriger Seminarskurs gewiß zureichend. Aber eine solche Vorbildung ist kostspielig, und das Verlangen derselben würde unsere Seminare rasch vollends entvölkern, gerade wie das Aufgeben der Konvikts-einrichtung.“

Nach den erhaltenen Aufklärungen des Gesetzentwurfs über das Volksschulwesen beabsichtigt die großh. Regierung so wenig als jeither weder einen Seminarzwang, noch einen Konviktszwang einzuführen.“

Abg. Beck glaubt, daß es zweckmäßig sein möchte, den Schullehrern auch schon Stipendien zu verabreichen während ihrer Vorstudien.

Berichterstatter Frick in Uebereinstimmung mit dem Abg. Seiz vertritt die entgegenge setzte Ansicht. Letzterer Redner wünscht besonders nicht Beibehaltung der jetzigen mechanischen Dressur.

Staatsrath Dr. Lamey: Die Verlängerung des Lehrkurfes bedingt auch eine Aenderung der Methode. So schlimm und undankbar ist übrigens jetzt der Lehrerstand nicht, daß sich nicht eine genügende Anzahl junger Leute finden sollte, sich diesem Stand zu widmen. Stipendien schon für Vorstudien führen nur Nachteile mit sich, denn es würde dazu kommen, daß sich Leute zu diesem Stand hingedrängen wüßten, die zu demselben gar nicht geeignet wären. Bevor die Erfahrung über die neue Stellung der Volksschullehrer, wie über die Durchführung des 3. Lehrkurfes an den Seminarien, nicht zur Seite steht, ist es wünschenswerth, daß von dem bisherigen System nicht abgegangen wird.

Abg. Frick hebt vorzüglich hervor, daß gerade die mangelhafte Vorbildung diejenige Methode bedingt, welche hier angegriffen wird.

Abg. Diez richtet an die Regierung den dringenden Wunsch, daß für Ausbildung von Industrielehrerinnen eine Anstalt geschaffen werde, und stellt zugleich die Frage, ob und in welcher Verbindung solche zu den Schullehrer-Seminarien stehen sollte. Der Schlußantrag des Redners geht dahin, die Budgetforderung für das evangelische Schullehrer-Seminar in Durlach bis zur nächsten Budgetperiode auszusparen.

Abg. Seiz: Wenn in der eingehenden Weise diese Frage diskutiert werden müßte, wie es ein erkleckliches Resultat erfordert, dann wäre dieser schon viel besprochene Gegenstand noch viele Jahre hinauszuschieben.

Abg. Kopper unterstützt den Antrag des Abg. Diez. Die Abstimmung ergibt Ablehnung des Antrags.

Abg. Wundt (Heidelberg) wünscht die Verlegung von Zweiganstalten der Heil- und Pflanzanstalt Pforzheim nach Heidelberg und Freiburg.

Abg. Beck fordert die Regierung zu irgend welcher öffentlichen Anerkennung der Leistungen der Rödler'schen Augenhellanstalt in Heidelberg auf, wo über 600 Augenranke unseres Landes nach dem letzten Jahresbericht unentgeltlich verpflegt und operirt wurden.

Staatsrath Dr. Lamey: Die geforderte Summe von 8881 fl. ist nicht eine Unterstützung der Knapp'schen Anstalt, sondern sie bezweckt, wenn auch nur vorübergehend, die Dotierung derselben als einer förmlichen Universitätsanstalt. Die Regierung hat sich vordem nur ungern zur Unterstützung dieser Anstalt verstanden, weil die Konsequenzen solcher Willkürlichkeit zu weit führen, und so sehr sie das Wirken der Rödler'schen Anstalt anerkennt und ihr alles Gedeihen wünscht, kann sie eine Staatsunterstützung doch nicht zulassen. Im Ganzen bilden übrigens die Kosten, welche für die Knapp'sche Anstalt aufgewendet werden, eine Summe, die größtentheils das Eigenthum der Universität mehrt, denn sie bezweckt Anschaffung für Betten und sonstiger Materialien für klinische Zwecke.

Redner fügt zugleich bei, daß für die Manz'sche Augenheilanstalt in Freiburg allein bezwegen ein einmaliger Beitrag in Anforderung kommt, um einen etwaigen Vorwurf abzuwenden.

Sämmtliche Positionen, mit Ausnahme der Forderung von 7500 fl. für Anschaffung neuer Gewehre für die Gendarmerie, werden genehmigt.

Finanzministerium. Vollenbung der Arbeiten für Auffindung von Steinsalz-Lagern wird von Seiten der Regierung zugesagt.

Abg. Seiz fragt an, ob Aussicht vorhanden sei, daß die unteren Räumlichkeiten des sog. Kongresssaales in Bälde der Stadtgemeinde zurückgegeben werden.

Ministerialrath Schmidt: Baldige Rückgabe kann die großh. Regierung nicht in Aussicht stellen, wenn nicht Konsens darauf erzielt wird, eine öffentliche Niederlage bei der Zollstätte zu haben.

Abg. Trischler trägt auf Eüstierung des Baues von Zollgebäuden an, und wünscht zugleich eine gründliche Revision des Zolltarifs.

Abg. Seiz und Ministerialrath Schmidt begründen das Gegenheil.

Sämmtlichen Anforderungen wird Genehmigung ertheilt. Kriegsministerium. Abg. Seiz drückt den Wunsch aus, ob nicht in Petershausen ein Neubau einer Militärbäckerei zur Ausführung kommen könne, damit die jetzige Räumlichkeit wieder zu städtischen Zwecken benützt werden könne.

Die ganze Regierungsforderung mit Zuschlag von je 1100 fl. aus dem ordentlichen Budget wird gutgeheißen.

Die weiter in der Tagesordnung aufgeführten Berichte über Handelsverträge werden nachträglich unverändert genehmigt.

In die Kommission für die Rödler'sche Motion für Trennung des weltlichen Sitzungsvormögens sind gewählt: Weber, Heilig, Roder, Gerbel, Muth; verstärkt wird dieselbe auf Antrag des Abg. Weber durch die Abgg. Döblicher und Sachs. Nach kurzer Beratung der Budgetkommission wird der heute vorgelegte Gesetzentwurf genehmigt. Das Finanzgesetz wird erst nach Verlauf einiger Wochen seinen Abschluß finden.

Schluß der Sitzung.

Karlsruhe, 28. Mai. Die Kommission, betreffend den Gesetzentwurf über die Eröffnung eines außerordentlichen Kredits im Betrag von 1,070,800 fl. zur Beistellung von 1400 Militärpferden, stellt den Antrag, 1) den zum Ankauf von 1400 Militärpferden, sowie zur Unterhaltung derselben und der erforderlichen Mannschaft geforderten außerordentlichen Kredit von 1,070,800 fl. zu bewilligen; 2) die großh. Regierung zu ermächtigen, von dieser Summe den für die letzten zwei Monate zur Unterhaltung von Pferden und Mannschaft in Ansatz gebrachten Betrag von rund 130,000 fl. für Ausbildung von zu Unteroffizieren bestimmter Mannschaft zu verwenden.

Karlsruhe, 28. Mai. 44. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 29. Mai, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Beratung des Berichts des Abg. Kirsner zu dem Gesetzentwurf über die Eröffnung eines außerordentlichen Kredits im Betrag von 1,070,800 fl. zur Beistellung von 1400 Militärpferden.

Deutschland.

Frankfurt, 27. Mai. Der oldenburgische Antrag auf Einleitung des Austrägalverfahrens wegen der Erbansprüche des Großherzogs auf Holstein liegt uns nun seinem Wortlaut nach vor. Wir entnehmen der sehr umfangreichen Motivirung Folgendes. Zunächst erwähnt der Antrag die Schicksale, welche die beim Bund erhobenen Ansprüche Oldenburgs erfahren haben, indem von Seiten der Bundesversammlung lediglich nichts in dieser Beziehung ge-

sehen ist; sodann führt er die Gründe an, warum die großherzogliche Regierung dem einstweiligen Besitzstande in den Herzogthümern gegenüber und im Vertrauen auf die beiden Großmächte den Erbanspruch des Großherzogs im bundesrechtlichen Wege nicht weiter verfolgte. Die großh. Regierung hielt es unter den gegebenen Verhältnissen für nothwendig, zunächst von den Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen über die Zukunft der Herzogthümer ein Ergebnis in Aussicht zu nehmen, welches, wie Oldenburg allein begehre, und auch Oesterreich und Preußen am 5. Dez. 1864 dem Bunde als ihr gemeinsames Ziel angekündigt hätten, durch Berücksichtigung aller wohlbegründeten Rechte und Ansprüche die schleswig-holsteinische Erbfolge-Frage zu einer den Interessen Deutschlands entsprechenden Lösung führen könnte. Auch nach der Theilung des Besitzes durch den Gasteiner Vertrag habe der Großherzog noch auf eine gerechte Würdigung seiner Ansprüche gehofft. Anders seit der österreichischen Depesche vom 26. April l. J. In dieser spreche sich deutlich und klar die Absicht aus, mit oder ohne Zustimmung Preußens den Deutschen Bund zu einer Entscheidung über die streitige Erbfolge in Holstein zu veranlassen. Der Deutsche Bund besitze aber verfassungsmäßig eine richterliche Befugniß nicht. Gegen die Sicherstellung der gegenwärtig in Frage stehenden Interessen Deutschlands könnten zwar die Erbfolge-Rechte aller Präbenden nur eine untergeordnete Bedeutung haben; aber der Großherzog sei nicht gelonnen, so lange noch der Bund bestesse, sein wohlbegründetes Recht einer Gefahr willkürlicher Behandlung von irgend einer Seite her preiszugeben. Oesterreichs ausgesprochene Absicht bedrohe eine den Bundesgesetzen wirklich entsprechende Regelung der Erbfolge-Frage. Die Wahrung des großh. Rechts sei um so ernstlicher gefordert, als sich Holstein im Besitz Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich befinde. Der Antrag fährt nun also fort:

Die großh. Regierung erhebt gegen eine Fortdauer dieses Besitzes hienüt vor der hohen Bundesversammlung feierlichen Widerspruch, gestützt auf das Recht der Erbfolge, welches Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog in dem Herzogthum Holstein zusteht, und unter Bezugnahme auf die Rechtsbegründung, welche in der Sitzung vom 3. November 1864 zufolge des Bundesbeschlusses vom 7. Juli desselben Jahres überreicht worden ist. Ebenso protestirt sie zum voraus gegen jegliche Verfügung über das Herzogthum Holstein, die von Seiten der kaiserl. österreichischen Regierung etwa zum Nachtheil Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs gemacht werden, sei es auch unter Enthaltung einer Stimmenmehrheit der Bundesregierungen.

Wie aber die großh. Regierung von Anfang her auf das angelegentlichste gewünscht und zuversichtlich von der hohen Bundesversammlung erwartet hat, daß eine unparteiische Rechtsprüfung der Erbfolge-Frage herbeigeführt werden möge, so trägt sie jetzt auch keine Scheu, selbst eine eingehende juristische Prüfung des Erbanspruchs Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs auf das Herzogthum Holstein im bundesgesetzlichen Wege herbeizuführen durch eine geordnete Rechtsinstanz. Für die Geltendmachung dieses Erbanspruchs ist ihr ohnehin zur Zeit das einzige Mittel nur noch gelassen, gegen Sr. Maj. den Kaiser von Oesterreich als den gegenwärtigen Besitzer des Herzogthums Holsteins Klagen aufzutreten im Namen Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs als Inhabers des dem holstein-gottorpischen Hause zustehenden Rechts der Erbfolge. Zudem sie daher die Konstituierung einer A u r ä g a l - i n s t a n z hiedurch beantragt, ersucht sie die hohe Bundesversammlung vertrauensvoll um die erforderlichen Verfügungen nach Maßgabe der Austrägalordnung des Deutschen Bundes.

München, 27. Mai. (Bayer. Ztg.) Sr. Maj. der K d - n i g hat den Landtag so eben, Nachmittags 2 Uhr, mit folgender Thronrede eröffnet:

Meine H. Reichsräthe und Abgeordneten! Zum ersten Mal seit meiner Thronbesteigung eröffne Ich den Landtag und biete den Vertretern des Volkes Meinen königlichen Gruß.

Ich hatte gehofft, Sie rufen zu können zu der als Bedürfnis erkannten Reform der gesetzlichen Grundlagen unseres sozialen, gewerblichen und gemeindlichen Lebens. Gefährdrohende Ereignisse weisen uns aber zunächst eine andere Aufgabe zu. Zwischen den zwei mächtigsten Gliedern des Deutschen Bundes sind Bewürnisse ausgebrochen, und kampferregt stehen sich die Heere derselben gegenüber. Ich war eifrig bemüht, auf die Erhaltung des Friedens im Bund hinzuwirken, dessen Wahrung ebenso Pflicht jedes einzelnen Bundesgliedes als der Gesamtheit ist. Noch will Ich die Hoffnung nicht aufgeben, daß das Verberben eines Bürgerkriegs von Deutschland abgewendet werde, daß eine Lösung der schleswig-holsteinischen Frage auf dem Weg des Rechts und eine zeitgemäße Reform des Deutschen Bundes unter Mitwirkung einer nationalen Vertretung unserm großen Vaterland neuerdings dauernden Frieden gebe. Für alle Fälle aber muß Bayern in der Lage sein, treu dem Gebot der Pflicht und der Ehre, einzustehen für das Recht des Bundes, für die Interessen der deutschen Nation und für seine eigene Selbstständigkeit. Darum habe Ich die Mobilisirung der Armee angeordnet und den Landtag berufen, um mit dessen Beirath und Zustimmung gesetzlich zu verfahren, was zur Erfüllung jener Aufgabe erforderlich ist.

Wenn zunächst diese Verhältnisse die Veranlassung zu Ihrer dermaligen Berufung gegeben haben, so werden Ihnen doch neben den hierauf gerichteten Gesetzentwürfen auch alle diejenigen Gegenstände vorgelegt werden, welche nach den Bestimmungen der Verfassung bei jedem Zusammentritt an den Landtag gelangen sollen. Unsere Zukunft liegt in Gottes Hand. Lassen Sie uns derselben getrost entgegengehen im Bewußtsein unserer guten Sache und mit dem Entschlus gewisserhafter Pflichten.

fällung. Ich vertraue auf Ihre und des ganzen bayrischen Volkes Vaterlandsliebe und Hingebung an den Monarchen, sowie auf die Treue und Tapferkeit der Arme. Der Schutz des Allmächtigen sei mit Bayern und Deutschland!

Darmstadt, 25. Mai. (Fr. Z.) Die Rede, mit welcher der Ministerpräsident v. Dalwigk in der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer die finanziellen Forderungen der Regierung begründete, lautet wörtlich wie folgt:

Hochzuverehrende Herren! Die Vorlage, welche die große Regierung auf Befehl Sr. König. Hoheit des Großherzogs heute den beiden Kammern der Stände zu machen hat, ist veranlaßt durch Umstände der bedauerlichsten Art.

Ein ernster Konflikt ist zwischen den beiden Großmächten, welche Mitglieder des Deutschen Bundes sind, ausgebrochen. Die Existenz des Bundes, die Einheit Deutschlands, das Recht und die Selbständigkeit einzelner Teile desselben sind bedroht. Unter diesen Umständen ist es Pflicht einer jeden deutschen Regierung, eines jeden deutschen Volkstammes, zur Wahrung der Integrität Deutschlands, zur Sicherung seiner friedlichen und freibildenden Entwicklung, zur Abwehr von Gewaltthaten, woher sie auch kommen mögen, sich bereit zu halten, um dem Ruf des Vaterlandes folgen zu können, wenn die letzten Versuche zur Erhaltung des Bundesfriedens erschöpft sind. Es bedarf keiner Versicherung, daß die große Regierung einer jeden Parteimahne für einen oder den andern der beiden zunächst streitenden Theile fern steht, daß sie nur geleitet wird von dem Gefühl ihrer Pflichten gegen den Bund und die Bundesgenossen, von ihrer Treue gegen das gemeinschaftliche Vaterland. Aber eben deswegen muß andererseits die große Regierung jeden Gedanken an eine neutrale Stellung in dem großen Kampf, der sich vorbereitet, und der wesentlich auch die von ihr seit 20 Jahren vertretene Sache der Erbprinzen betrifft, als mit jenen Pflichten unvereinbar zurückweisen.

Die große Regierung wird, im Verein mit einer Anzahl gleichgesinnter Regierungen, in ihren Bemühungen fortfahren, um eine friedliche, aber auch zugleich ehrenvolle Lösung des Konflikts herbeizuführen. Niemand wünscht inniger als sie, daß der Genius des Vaterlandes in letzter Stunde diese Bemühungen segnen möge. Aber die Hoffnung dazu ist nur eine geringe. Die Mahnung zu einem entscheidenden Entschluß wird täglich dringender. Die große Regierung ist deshalb in dem Fall, den beiden Kammern der Stände die Bewilligung der Summen anzufordern, welche erforderlich sind, um die große Armee mobil zu machen und dieselbe eine gewisse Zeit hindurch in voller Schlagfertigkeit zu erhalten. So groß diese Summen, über welche das große Kriegsministerium detaillierte Nachweisungen geben wird, auch sind, so erwartet doch die große Regierung von dem Patriotismus der Vertreter des Landes deren ungeschmälerte Bewilligung.

Ich habe noch hinzuzufügen, daß die große Regierung in der bis daher wohl begründeten Hoffnung auf die Möglichkeit, Deutschland den innern Frieden zu erhalten, sich nicht früher veranlaßt fand, Ihnen eine Vorlage im Sinn der gegenwärtigen Proposition zu machen, weil der Wunsch nach schwebenden Vermittlungsversuchen hätte ungünstig sein können und weil über den Umfang einer solchen Vorlage erst jetzt ein sicheres Urtheil möglich geworden ist.

Oberst Schwane begründete hierauf im Auftrag des Kriegsministers die Vorlagen der Regierung in Betreff eines außerordentlichen Kredits von 4,105,000 fl.

Kassel, 23. Mai. Aus sicherer Quelle geht der „Nat.-Ztg.“ die Mittheilung zu, daß der preussische Gesandte, General v. Röder, in der allerjüngsten Zeit hier eine Note seiner Regierung überreicht hat, in welcher verlangt wird, daß Kurhessen sich über seine Stellung zu Preußen im Fall des Kriegs bestimmt erkläre.

Es wird darin — schreibt das genannte Blatt — von Preußen eine dreifache Alternative als möglich bezeichnet: entweder Kurhessen tritt aktiv mit einem Hilfskorps auf preussische Seite, wo ihm die Stellung und Rücksicht eines Bundesgenossen zu Theil wird, oder Kurhessen bleibt einfach neutral, wo es von Preußen als neutral respektirt wird, mit alleiniger Ausnahme, daß neben der freien Vermählung der Stappensstraßen zeitweise, wenn es die militärischen Rücksichten gebieten sollten, eine Aufstellung preussischer Truppen, nicht eine Besetzung durch dieselben, im Lande erfolgen kann; oder Kurhessen zieht bewaffnete Neutralität vor, worin Preußen einen feindlichen Akt erblicken und darnach seine Maßregeln treffen müsse.

Dresden, 24. Mai. Der „Konst. Ztg.“ zufolge soll der König auf die unmittelbare Bitte eines Fabrikanten, dem Lande darüber Beruhigung zu geben, daß ein förmliches Separatbündniß mit Oesterreich nicht existire, schon nach zwei Tagen eine Antwort ertheilt haben, in welcher versichert wird, daß Das, was befürchtet werde (jenes Bündniß), weder eingegangen sei, noch eingegangen werden würde, sondern man werde denjenigen als Bundesgenossen im Verlauf des Konfliktes gegen die Grenze überschreiten.

Hannover, 25. Mai. (Fr. Z.) Die Zweite Kammer beschloß heute ein Tadelvotum gegen die Regierung, weil sie die Kammern zu spät berufen habe. Minister Baccmeister verteidigte die Regierung, indem er die verspätete Berufung der Stände auf den inzwischen eingetretenen Ministerwechsel zurückführte. v. Bennigsen betonte, daß das gegenwärtige Kabinet unter dem regierenden König nun schon das siebente Ministerium sei, fürwahr eine große Zahl in einem Lande wie Hannover, das doch nur eine mäßige Zahl von Personen haben könne, welche der Aufgabe gewachsen seien, als Minister in einem solchen Mittelstaate zu fungiren. Ein solch rapider Wechsel in einer verhältnismäßig kurzen Regierungszeit müsse notwendig zur Folge haben, daß der Kreis, aus welchem man die Minister nehme, sich immer weiter ausdehne, daß man auf Persönlichkeiten greifen müsse, die der Qualifikation für ihr Amt oder des Ansehens in ihren Ressorts entbehren. Die Minister nahmen diese Angriffe schweigend hin. — Die Erste Kammer beschäftigte sich mit der Reform der Strafanstalten. Im Lauf der Diskussion erhoben sich Stimmen, welche die Einführung der Prügelsstrafe warm befürworteten. Vermuthlich war es nur dem Ernst des Augenblicks zu danken, daß diese Stimmen nicht durchdrangen.

Kiel, 26. Mai, Abends. Die „Kiel. Ztg.“ meldet: Einige preussische Segelschiffe sind außer Dienst gestellt; die Mannschaften werden zur Bemannung von Kriegsdampfern

verwendet. Reserven des Seebataillons treffen täglich ein.

Berlin, 26. Mai. Ein Frankfurter Telegramm berichtet: Der Bund solle wegen der am Kongreß zu behandelnden Frage der Bundesreform zur Absendung eines Bevollmächtigten eingeladen werden. Mehrere Regierungen seien gegen eine solche Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands. Die Frage solle in der nächsten Sitzung der Bundesversammlung zur Erörterung kommen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bezeichnet eine Nachricht der „Köln. Ztg.“ — wornach Preußen in Wien angefragt hätte, ob die österreichische Depeche vom 26. April wegen des Definitivums in den Herzogthümern als Ultimatum zu betrachten sei, oder ob Oesterreich Modifikationen seiner Zugeständnisse für zulässig halte, — als unbegründet.

Die Morgenzeitungen melden: Die H. H. Daniel v. d. Heydt, Danthof und Wörbe sind nach Eberfeld zurückgekehrt. Der König hat, wie verlautet, der Deputation wegen überhäufte Gesandtschaft keine Audienz ertheilt. — Der „Köln. Ztg.“ zufolge hat die Post für sämmtliche Großmächten ihren Beschluß, die Conausrüstungen zur Wahrung der verletzten Verträge militärisch zu besetzen, offiziell angezeigt.

Berlin, 26. Mai. Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt: „Als Beispiele von dem milden Urtheil Sr. Maj. des Königs erzählt man sich folgende Aeußerungen. Als man die Friedensdemonstrationen der entfernteren Provinzen zur Sprache brachte und im Gegensatz dazu die Adresse der Stadt Breslau hervorhob, antwortete der König: „Hier ist aber auch die Gefahr am größten; jene hingegen stehen fern vom Schuß und erwägen daher nicht so gewissenhaft. Wie ich die Preußen kenne, so bin ich überzeugt, käme die Kriegsgefahr vom Westen oder Osten, so würden die Rheinländer und die Westpreußen einen eben solchen hochherzigen Patriotismus bewiesen haben.“ Als dem König die vielen dringenden Friedenspetitionen vorgelegt wurden, soll er gesagt haben: „Ich könnte diese Bittschriften nur dem Kaiser von Oesterreich mit der Bitte um Berücksichtigung überweisen, aber ich glaube nicht, daß auch nur Einer von den Unterzeichnern solches vom König von Preußen verlangt.“

Man berechnet, daß der Zusammentritt des Kongresses etwa bis zum 4. oder 6. Juni möglich sein könnte.

Wien, 26. Mai. Die „Generalkorresp.“ schreibt:

In Folge allerh. Anordnung ist im Kriegsministerium eine aus hohen Militärs und Vertretern des Finanz- und Staatsministeriums und der obersten Rechnungs-Kontrollbehörde zusammengesetzte permanente Kommission zu dem Zweck gebildet worden, die Vorschläge für den gesteigerten Armeeaufwand mit äußerster Sparlichkeit und thünlichster Schonung des Staatsschatzes richtig zu stellen und die ordnungsmäßige Verwendung der für diesen Zweck in Anspruch genommenen außerordentlichen Kredite zu überwachen. In den Wirkungskreis dieser Kommission fällt auch die Mitwirkung bei der Bestellung der Armeebefehlshaber und bei Abschließung von Lieferungsverträgen, für welche Zwecke sich die Kommission durch Beiziehung unabhängiger sachverständiger Privatpersonen und durch Delegation der Handelskammer und des Gewerbevereins verstärken wird. Es liegt hiebei in der Pflicht der obersten Militärverwaltung, durch offenen Vorgang und mögliche Publizität die Konkurrenz bei dem Abschluß von Geschäften zu erweitern, das Vertrauen fähiger und redlicher Unternehmer in die Unparteilichkeit des Vorgangs zu erhöhen, und Mißbräuchen und Benachteiligungen des Staatsschatzes mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Zu diesem Ende ist mit der permanenten Kommission eine ständige Kontrolle in Verbindung gesetzt, welche mit den nötigen Vollmachten ausgerüstet ist, um die Vollziehung der Lieferungsverträge und die Materialabgabe der Armeeversehungsgeschäfte durch unvermuthete Revisionen an Ort und Stelle zu überwachen und gegen jeden allfälligen Unterschleif mit nachsichtloser Strenge vorzugehen. Endlich werden von der gedachten Kommission Einleitungen getroffen, die Rechnungen über die abgewickelten Geschäfte mit aller Beschleunigung ihrer Prüfung und Liquidation zuzuführen.

Der „Kamerad“ bemerkt anlässlich der in der „Presse“ ausgeprochenen Erwartung, daß die österreichische Regierung die Brigade Kalik nicht aus Holstein zurückziehen werde, Folgendes:

Wie wir bestimmt versichern zu können glauben, wird diese Erwartung auch nicht getäuscht werden. Alle von den norddeutschen Blättern verbreiteten Nachrichten über Vorbereitungen zum Abmarsch der Brigade Kalik sind vollständig aus der Luft gegriffen. Oesterreich wird sein gutes Recht in Holstein nicht nur nicht freiwillig aufgeben, sondern es auch nöthigenfalls mit den Waffen gegen jeden gewaltsamen Eingriff verteidigen. Wie sich auch die Verhältnisse hinsichtlich der Stellung der norddeutschen Bundesstaaten im Verlauf des Konfliktes gestalten mögen, die Brigade Kalik wird sich vor einer Ueberrumpelung zu wahren wissen.

Die offiziöse „Desterr. Ztg.“ findet die Chancen des Kongresses zwar nicht geradezu hoffnungsreich, aber auch nicht hoffnungslos, und präzisirt die Stellung Oesterreichs diesem letzten Versuch gegenüber, den Frieden zu erhalten, wie folgt: Wenn die österreichische Regierung in den Kongreß eintritt, so wird sie die Ueberzeugung gewonnen haben, daß sie es thun kann, ohne das Recht und die Ehre des Landes zu schädigen, und sie erfüllt in diesem Fall einfach eine Pflicht gegen ihre eigenen Völker und gegen Europa, wenn sie einen letzten Versuch zur Hintanhaltung des Krieges nicht abweist. Ihre Stellung auf dem Kongreß wird einfach sein. Sie kommt weder, um auf der Spitze des Schweres Forderungen für Oesterreich zu stellen, noch mit gestrecktem Gewehr die Forderungen anderer zu acceptiren. Oesterreich hat zunächst keine Vorschläge zu machen, sondern nur sie entgegenzunehmen und zu prüfen.

Wien, 26. Mai. (A. Z.) Ein Theil vom Stabe Benedek's ist bereits nach Norden abgegangen; heute Abend verläßt der Feldzeugmeister selbst mit seinem ganzen Hauptquartier in Begleitung des Generalinspektors der Artillerie, des Erbprinzen Wilhelm, Wien, um sich zunächst nach Ulm zu begeben. Heute Morgen hat er noch einer vom Kaiser abgehaltenen Reue — der Kaiser hielt dabei vom Pferd herab eine Ansprache an das um ihn versammelte Offizierkorps, in der er übrigens lediglich seine Zufriedenheit

mit der Haltung der Truppen zu erkennen gab — über zwei Brigaden des 8. Armeekorps beigesteuert.

Wien, 26. Mai. (Fr. Ztg.) Die französische Kongreßdelegation ist eingetroffen, die englische und russische ist noch ausstehend. — Die Königin von Württemberg ist heute Mittag angekommen und in der Hofburg abgestiegen. Sie wurde von dem Kaiser und der Kaiserin am Bahnhof empfangen.

Schweiz.

Bern, 23. Mai. Der Bundesrath hat in militärischen Angelegenheiten in letzter Zeit 3 Rundschreiben an die Kantone gerichtet. Das wichtigste ist vom 11. d. datirt und lautet: „Die Möglichkeit, daß auch die Schweiz in Folge der gegenwärtigen politischen Verhältnisse zur Wahrung ihrer Neutralität zu einer Truppenaufstellung genöthigt werden könnte, veranlaßt den Bundesrath, an die hohen Stände das Ansuchen zu stellen: 1) Sich bezüglich der von Ihnen zur Armee zu stellenden Pferde so in Bereitschaft zu setzen, daß diese Pferde auf erstes Verlangen in guter Qualität geliefert werden können. 2) Das sämmtliche Kriegsmaterial in vollkommenem Stand zu stellen.“ Ein Schreiben vom 7. hatte die Einführung der einheitlichen Munition für die Infanteriegewehre dringlich gemacht. Unterm 18. erfolgte die Benachrichtigung von dem Pferde-Ausfuhrverbot, bezw. Zoll auf Ausfuhr von Pferden. — Gegen letztere Maßregel haben die Regierungen von Freiburg und Waadt beim Bundesrath reklamirt und Verschiedenes verlangt. Auch von Seite des italienischen Ministeriums sind dem schweizerischen Gesandten in Florenz lebhafteste Bemerkungen gemacht worden. Der Bundesrath hat aber beschloffen, an dem Verbot festzuhalten. — Gleich Oesterreich hat auch der italienische Ministerpräsident Lamarmora dem schweizerischen Gesandten in Florenz erklärt, daß Italien die Neutralität der Schweiz durchaus anerkennen und namentlich dieselbe auch gegenüber dem Kanton Tessin beobachten werde. — Gestern trat (wie erwähnt) unter Vorsitz des Chefs des Militärdepartements Bundesrath Fonerod die militärische Landbesprechungskommission zusammen und hält täglich zwei Sitzungen.

Italien.

Florenz, 26. Mai. Die Zeitungen melden den Tod des Abgeordneten Brofferio. Es wird berichtet, der Handelsminister habe beschloffen, eine Kommission zu ernennen, welche damit beauftragt werden sollte, die Zustände der industriellen Gesellschaften und der Kompagnien der italienischen Eisenbahnen zu studiren, um über diesen Gegenstand einen Bericht auszuarbeiten.

Florenz, 26. Mai. Die „Nazione“ will wissen, daß Oesterreich Vorkehrungen für den Fall trifft, daß es einige Städte Veneziens räumen und seine Truppen in das Vercell zurückziehen müßte. Ein den Verwaltungschefs zugegangenes Rundschreiben legt, für diesen Fall, den Beamten die Pflicht auf, der Armee zu folgen, und erklärt diejenigen als Verräther, welche nichtösterreichischen Behörden gehorchen würden. Die italienische Regierung hat den Zollwächtern unter sagt, sich unter den Freiwilligen anwerben zu lassen, da des Krieges wegen der öffentliche Dienst nicht Noth leiden dürfe.

* Briefe aus Rom vom 23. melden, daß das 1. Regiment päpstlicher Linientruppen von der Grenze zurückmarschirt ist, nachdem es mehrere Monate gegen die Briganten aufgestellt war; es ist an der Grenze durch fremde Juaven und Carabinieri ersetzt worden. — Das geheime römische Komite hat die Reisekosten für die Freiwilligen gezahlt, die sich unter der italienischen Fahne haben anwerben lassen. — Mehrere Prälaten sollen im nächsten Konfistorium, welches Mitte Juli abgehalten wird, zu Kardinalen befördert werden.

Frankreich.

Paris, 25. Mai. (Köln. Ztg.) Auf dem auswärtigen Amt ist die telegraphische Meldung eingetroffen, daß gestern von London und Petersburg die Kollektivnote der neutralen Mächte, welche die Kongreßdelegation enthält, nach Wien, Berlin, Florenz und auch nach Frankfurt a. M. abgegangen ist. Der Inhalt der Note, die in der französischen Abschrift 84 Zeilen lang ist, wird im Wesentlichen in durchaus zuverlässiger Weise als der folgende angegeben: In seinem ersten Theil legt das Altentstück die gegenwärtige Lage Europa's, die Unruhe, welche die Gemüther befaßt, und die Verwirrung aller Interessen der Breiteren dar, indem es auf die Ursachen dieser Bewegung der Geister zurückgeht und die Idee hinstellt, daß alle die Fragen, deren Entscheidung durch Wassengewalt unvermeidlich scheine, noch durch die Diplomatie in nutzbringender Weise beraten und einer Lösung entgegengeführt werden könnten. Mit besonderm Nachdruck verweist die Note darauf bei der Einmüthigkeit, welche die drei neutralen Mächte beifügen Vermeidung eines blutigen Zusammenstoßes an den Tag gelegt, und geht dann zu den Fragen über, deren Natur in einem Kongreß zu prüfen wäre. Diese seien: 1) die Herzogthümerfrage, 2) die österreichisch-italienische Frage, und 3) die Frage des Deutschen Bundes. Diese drei Fragen sind, obwohl mit gewisser Reserve, dennoch mit großer Bestimmtheit aufgeführt, während in einem weitem Abschnitt und viel verblühter von der sich daran anschließenden Behandlung „allgemeiner Fragen“ gesprochen wird, unter welchen der französische Standpunkt, wie in authentischer Weise versichert wird, keine andere als die polnische verfolge. Was die Herzogthümerfrage anbelangt, so wird in Betreff derselben weder auf Volksabstimmung, noch auf irgend welche Erbrechte, noch auf eine andere der Lösungen hingedeutet, welche sich bisher manifestirten. Die Frage des Deutschen Bundes ist einzig vom europäischen Standpunkt betrachtet, ohne daß eines Parlamentes oder einer sonstigen innern Angelegenheit Erwähnung geschähe. Was schließlich Oesterreich und Italien betrifft, so ist in Bezug ihrer das Wort „Denken“ mit keiner Sylbe erwähnt. Es wurde bekanntlich auf russische Reklamation unterdrückt, und so sind denn die gebrauchten Ausdrücke originaliter die nachstehenden: „La sécurité et la con-

solidation du royaume d'Italie." Am Schluß werden noch allgemeine Betrachtungen über den Wert des Friedens und über die Vorteile desselben für alle Nationen Europa's hinzugefügt. Außerdem hat jede der drei Mächte ihren besondern Standpunkt den einzelnen Fragen gegenüber in Separatinstruktionen festgehalten, welche gleichzeitig durch ihre Vertreter den betreffenden Höfen übermittelt werden sollen. Oesterreich hat nun bekanntlich gleichfalls offiziell hier angezeigt lassen, daß es mit dem Zusammentritt des Kongresses im Prinzip durchaus einverstanden sei, daß es sich aber vorbehalten, von gewissen Bedingungen seinen Beitritt abhängig zu machen. Als eine solche nennt man u. A. die Behandlung der österreichisch-italienischen Differenz in dritter Linie.

* **Paris, 27. Mai.** Der gestrige „Moniteur“ bringt folgende (bereits telegraphisch erwähnte) Mitteilung:

In ihrer gemeinsamen Bemühung, dem Konflikt, dessen Ausbruch in Deutschland und in Italien nahe bevorsteht, zuvorzukommen, haben Frankreich, England und Rußland gedacht, um ihrem Schritt eine wirklich nützliche Bedeutung zu geben, die Eröffnung einer Konferenz vorschlagen zu müssen und jetzt diese Fragen, welche ihr vorgelegt werden sollen, anzugeben. Diese Fragen beziehen sich auf Italien, auf die Erbprinzthümer und auf die Reform der deutschen Bundesverfassung. Demgemäß hat jede der drei Regierungen an die Regierungen von Oesterreich, Preußen und Italien, sowie an den Deutschen Bund Einladungschriften zu einer möglichst schnell in Paris zu eröffnenden Konferenz abgeben.

Der „Moniteur“ enthält heute folgende Note:
Mehrere auswärtige Blätter haben behauptet, daß zwischen Frankreich, Preußen und Italien ein geheimer Vertrag bestehe und daß, kraft dieses Vertrags, für Fälle eines Kriegs Preußen sich zur Abtretung der Rheinprovinzen, Italien zur Abtretung Sardiniens verpflichte. Wir müssen diese Unterstellungen in allen Punkten als falsch erklären. Die französische Regierung hat keinerlei Verbindlichkeiten mit den auswärtigen Mächten.

Von verschiebener Seite wird mit Bestimmtheit versichert, daß der Kongreß von den Ministern des Auswärtigen der beteiligten Staaten selbst werde gebildet werden. — Wie man der „Köln. Ztg.“ mitteilt, hat die Donaufürstenthümer-Konferenz in ihrer gestrigen Sitzung ihren früheren Beschluß wegen Ausschließung eines fremden Fürsten vom Hospodarat im Prinzip aufrecht erhalten. Der türkische Botschafter, Sefvet Pascha, hat gegen Alles, was in den Donaufürstenthümern vorgefallen, Protest eingelegt und von der Konferenz darüber Bescheidigung erhalten. Die diplomatischen Agenten der Schutzmächte in Buharest sind angewiesen, zu der neuen Regierung nicht in antilichen, sondern nur in offiziellen Verkehr zu treten. Ferner ist es nicht für zweckmäßig erachtet worden, dem Antrag Folge zu geben, daß den türkischen Truppen die Erlaubnis zur bewaffneten Intervention erteilt werde.

Spanien.
* **Madrid, 25. Mai.** Der Finanzminister erklärte gestern in der Kammer, daß, wenn die von der Regierung verlangte Finanzvollmacht ihr zuerkannt würde, er keine Werke unter 40 emittiren werde.

Belgien.
* **Brüssel, 26. Mai.** (Köln. Ztg.) Die Session der belgischen Kammer wird morgen geschlossen werden. Den Wahlen zur Hälfte-Erneuerung des Abgeordnetenhauses, die am 12. f. M. stattfinden, sieht man in Regierungskreisen nicht ohne Besorgnis entgegen, da die ohnehin nur schwache Majorität der liberalen Partei an verschiedenen Punkten, und vornehmlich in Gent, wo sieben Abgeordnete zu erwählen sind, stark bedroht erscheint. — In Antwerpen ist an Bord eines Auswandererschiffs die Cholera ausgebrochen. Reisende und Equipagen wurden sofort ausgeschifft, um in einem außerhalb der Stadt liegenden Ort eine Beobachtungs-Quarantaine zu übersehen. Die Behörden haben alle Vorsichtsmaßregeln ergriffen, und hat sich die Krankheit bis jetzt auf keinem andern Punkt der Stadt gezeigt.

Dänemark.
* **Kopenhagen, 26. Mai.** (Nürnb. Corr.) Die „Kopenhag. Gen.-Korresp.“ meldet als positiv: Das Kriegsministerium hat Vorbereitungen zur Mobilisirung getroffen. Wie man wissen will, hat Frankreich die Mobilisirung von 30,000 Mann angetragen.

* **Kopenhagen, 26. Mai.** Das Kriminal-Polizeigericht verurtheilte heute den Redakteur Bille zu 1jähriger Staatsgefängnis wegen einer kurz nach dem Wiener Friedensschluß in „Dagbladet“ enthaltenen Reihe von Artikeln, in welchen Bille die Erbberichtigung Christian's IX. bestritt, weil die Session des Prinzen Friedrich von Hessen die Erhaltung des Gesamtstaates zur ausdrücklichen Voraussetzung gehabt habe.

Preussische Depesche nach Stuttgart.

Die Berliner Blätter theilen folgende Depesche mit, welche das Berliner Kabinett an den preussischen Gesandten in Stuttgart, Baron v. Camig, gerichtet hat:

Berlin, 22. Mai.
Graf Linden hat mit vorgestern die in Abschrift anliegende Depesche mitgeteilt, in welcher die königl. württembergische Regierung sich den Schritten anschließt, welche das württembergische Kabinett im Interesse der Erhaltung des Friedens bei uns gethan hat. Ich habe dem königl. württembergischen Gesandten soeben bemerkt gemacht, daß die beiden Regierungen von Bayern und Württemberg sich nicht in gleicher Stellung zur Sache befinden. Während wir bereitwillig anerkennen, daß die königl. bayerische Regierung jeder Initiative zur Herbeiführung der gegenwärtigen Komplikation fremd geblieben ist, erscheint, nach den uns zugegangenen Nachrichten, die königl. württembergische, neben Oesterreich und Sachsen, in der ersten Linie der Regierungen, welche durch unerwartete und in ihren Motiven unangenehme Rüstungen den Anstoß zu der gegenwärtigen Spannung gegeben haben.

Ich habe Graf Linden darauf aufmerksam gemacht, daß unter den süd- und westdeutschen Staaten Württemberg zuerst militärische Vorbereitungen angeordnet habe, welche aus dem Rahmen der friedlichen

Verhältnisse heraustraten. Die behauptete Geringsfügigkeit dieser Vorbereitungen benimmt ihnen nicht den Charakter eines Anzeigens feindlicher Absicht. Es liegt in ihnen, besonders in ihrer Anlehnung an die österreichisch-sächsischen Rüstungen und nach ihren Beziehungen zu der österreichischen Zirkular-Depesche vom 16. März, immer ein Ueber-schreiten der bedeutsamen Kluft, welche auch den unerfreulichen Depeschenwechsel immer noch von der ersten und geringsfügigsten Anordnung zum Zwecke militärischer Aktionen trennt. Graf Linden erwiderte mir, daß die bedrohliche Gesamtsituation Deutschlands Württemberg zu diesen Vorbereitungen genötigt habe, während die bis zum Beginn der ersten württembergischen Maßregeln nur von Oesterreich und Sachsen vorgenommenen Rüstungen gegen Württemberg, nach der eigenen Ansicht des Hrn. Gesandten, eine Drohung nicht involvirten. Graf Linden rechtfertigte nun zwar die österreichisch-sächsischen Rüstungen, welche bekanntlich in der ersten Hälfte des Monats März begonnen, aus der im Allgemeinen bedenklichen Lage, in welche Deutschland durch die politische Haltung Preußens gerathen sei. Als beweisende Thatsache für diese unsere Haltung, so weit sie dem den österreichischen Rüstungen vorangehenden Zeitraum angehöre, hat mir Graf Linden ausschließlich die am 28. Febr. von Sr. Maj. dem König abgehaltene Conferenz unter Zugiehung mehrerer Generale angeführt. Ich habe mein Erstaunen darüber, daß eine so einfache und so häufig vorkommende Thatsache, wie ein Ministerrath unter Vorsitz Sr. Maj. des Königs, für den berechtigten Vorwand zu kriegerischen Rüstungen angesehen werden könne, dem Grafen Linden eben so wenig verhehlt, wie früher bei Besprechung desselben Themas dem Grafen Karolyi, wie wenig es rathsam ist, durch die drohenden Rüstungen den Frieden zwischen Rußland zu gefährden.

Auf so gewagte Konjekturen hin, wie sie über das Conseil vom 28. Februar gemacht zu sein scheinen, wird die königl. württembergische Regierung selbst ermahnt, wenn Sr. M. dem Hrn. v. Barnbüler mittheilen, daß in jenem Ministerrath allerdings die Frage zur allerhöchsten Entscheidung vorgelegt hat, ob Preußen nach Maßgabe der Situation genötigt sei, sich auf eine kriegerische Entwicklung derselben vorzubereiten; daß aber diese Frage nach sorgfältiger Prüfung verneint worden ist und Sr. Majestät durch die gerade in dieser Conferenz gefaßten Entschlüsse das Streben nach friedlicher Entwicklung der Krisis ausdrücklich sanktionirt hat. Daß über diese Entschlüsse damals Stillschweigen beobachtet werden mußte, liegt in der Natur der schwebenden diplomatischen Verhandlungen; ich habe indessen eine Anfrage des Grafen Karolyi bald nach dem 28. Februar unbedenklich in dem Sinne beantwortet, daß ich zwar unser bisheriges intimes Verhältnis mit Oesterreich, wie es sich auf der Basis eines gemeinsamen Krieges gebildet habe, als gelöst ansehe, daß aber meines Erachtens daraus nichts Anderes folge, als die Rückkehr unserer Beziehungen auf den Fuß vor dem dänischen Krieg, indem unser Verhältnis dasjenige zweier europäischen Großmächte werde, die sich gegenseitig keiner exzeptionellen Intimität erfreuen. Hr. v. Barnbüler wird Sr. M. zugeben, daß von einer solchen zwischen den Großmächten im Allgemeinen die Regel bildenden Beziehung zur kriegerischen Bedrohung der Einen durch die Andern ein weiter und gewogener Schritt ist, und daß Derjenige, welcher ihn aus solcher Lage heraus zuerst unternimmt, eine große Verantwortlichkeit auf sich ladet. Wir haben daher auch nicht ohne vollständige Ueberraschung gegen Mitte März zuerst Kenntnis von den österreichischen und bald darauf sächsischen Rüstungen gegen uns, sowie von der Thatsache erhalten, daß Oesterreich eine Zirkulardepesche vom 16. März an die Bundesregierungen zur sofortigen Mobilisirung ihrer Kontingente in Aussicht auf bundesmäßiges Einschreiten gegen Preußen gerichtet habe. Wir haben uns nicht sogleich entschließen können, dieser Nachricht Glauben zu schenken. Nachdem sie uns aber zur Gewissheit geworden und wir in Erfahrung brachten, daß bei einigen, insbesondere auch bei der königl. württembergischen Regierung die österreichische Aufforderung vom 16. März auf keinen unfruchtbareren Boden gefallen war, haben wir uns zu Ende des Monats März zu definitiven Rüstungen entschließen müssen. Der weitere Verlauf der Dinge ist bekannt, und war vorauszusetzen, daß eine Rüstung die andere hervorgerufen werde. In der durch die erste Rüstung Oesterreichs, Sachsens und Württembergs heraufbeschworenen Thatsache, daß die deutschen Regierungen einander gerüstet gegenübersehen, beruht aber noch in diesem Augenblick ausschließlich die Gefahr des Krieges. Wären jene Rüstungen im Monat März nicht begonnen worden, so ist nicht abzusehen, weshalb sich die Situation, wie sie im Monat Februar d. J. lag, in kriegerischer Richtung hätte entwickeln sollen.

Sr. M. wollen diese Betrachtungen dem Hrn. v. Barnbüler mit dem Bemerkten vortragen, daß wir nach Inhalt derselben die königl. württembergische Regierung als eine der ersten, welche gerüstet haben, nicht als vorzugsweise legitimirt zu Friedensmaßnahmen haben ansehen können. Sr. M. sind ermächtigt, dem Hrn. v. Barnbüler auf sein Verlangen Abschrift dieser Depesche zu hinterlassen.

Baden.

* **Karlsruhe, 28. Mai.** Heute Vormittag ist eine größere Abtheilung des k. preussischen Kontingents der Kaiserl. Garnison abwärts, und heute Nachmittag eine größere Abtheilung zu ihrem Erbst aufwärts auf der Eisenbahn hier durchgekommen.

* **Mannheim, 28. Mai.** Die „N. Bad. Landes-Ztg.“ schreibt heute an der Spitze ihres Blattes: „Die badische Fortschrittspartei, als deren Organ bis dahin unser Blatt bezeichnet war, läßt uns heute die Erklärung zuhören, daß eine Reihe neuer Veröffentlichungen der „N. Bad. Landes-Ztg.“ über die deutsche und schleswig-holsteinische Frage mit ihren Ueberzeugungen nicht übereinstimme. Es wird daher nach dem Verlangen der Fortschrittspartei, und mit der Uebereinstimmung des Eigenthümers des Blattes, das bisher bestandene Verhältnis als gelöst erklärt.“

Vermischte Nachrichten.

* **München, 26. Mai.** (Bayr. Bl.) Gestern haben Magistrat und Gemeindebevollmächtigte unserer Stadt eine Adresse an Seine Majestät den König beschlossen, in welcher sie denselben dringend bitten, Angesichts der ersten Lage der Gegenwart in die Residenz zurückzukehren. Die Abwendung der Adresse ist noch unterblieben; es wurde aber eine Abschrift derselben Herrn Staatsrath v. Pfistermeister mit der Bitte mitgeteilt, dieselbe zur Kenntnis des Monarchen zu bringen.

Die „Bayr. Ztg.“ enthält folgende Mitteilung: „Bekanntlich sollten im Lauf der nächsten Monate die beiden Opern „Lohengrin“ und „Lambsäuer“ auf unserm Hof- und Nationaltheater neu einstudirt und glänzend aufgeführt gegeben werden. Wir erfahren nun aus sicherer Quelle, daß Angesichts der drohenden Verhältnisse, durch welche

die Mittel für ernste Zwecke in Anspruch genommen sind, alle Vorbereitungen zu jenen Darstellungen auf allerhöchsten Befehl vollständig eingestellt wurden.“

* **Bon der Saar, 24. Mai.** Die „Köln. Bl.“ berichten: „Endlich ist denn doch einmal etwas Licht in die dunkle Kohlenrevier-Angelegenheit gekommen. Wie seiner Zeit berichtet, war Hr. Hiltensbecker G. Stumm nach Berlin gereist, um an maßgebender Stelle eine bestimmte Erklärung darüber zu erlangen. Ueber das Resultat einer Audienz, welche derselbe bei dem Grafen Bismarck hatte, verlautet nun aus zuverlässiger Quelle folgendes: Es war allerdings von Seiten des Premierministers der Verkauf projektirt; allein der Plan stieß bei den gesammten übrigen Ministern, insbesondere bei dem Handelsminister, auf den entschiedensten Widerspruch, so daß das ganze Projekt fallen gelassen wurde. „Was die Abtretung irgend eines Gebietstheils angeht, so werde bei den Grundrissen Sr. Majestät auch nicht ein Mann, ohne Gewalt, unter fremde Herrschaft kommen.“ Das ist klar und deutlich gesprochen.“

* **Leipzig, 24. Mai.** (Schw. M.) Das Kriegsministerium hat den wichtigsten Schritt gethan, bei dem sehr fühlbaren Mangel an Militär-Arztstärken in der sächsischen Armee auch die Zulassung von nicht uniformirten, nur durch Kofarde und weiße, mit rothem Kreuz bezeichnete Binde (um den linken Arm) kennlichen Zivilärzten in die Armee, und zwar für die Dauer des bevorstehenden Feldzugs, zu beschließen, und es ergehen bereits Aufforderungen in diesem Sinne von den Amts-Hauptmannschaften des Landes.

* **Glauchau, 26. Mai.** Abends. Eine große, von Arbeitervereinen berufene Volksversammlung erklärte, Zusammengehen mit Preußen sei ein Lebensinteresse für die sächsische Industrie; auch sprach die Versammlung sich dahin aus, die sofortige Berufung eines Parlaments sei wünschenswert.

* Die von den Königsberger Stadtvorordneten beschlossene Adresse an den König hat die Zustimmung des Magistrats nicht gefunden, und der königl. Kommissär, Landrath v. Ernsthausen, hat darauf die Ausführung des Beschlusses mit Bezugnahme auf § 36 der Städteordnung verweigert.

* **Wien, 26. Mai.** (Fr. P.-Ztg.) Landgraf Friedrich zu Fürstenberg, k. k. Wirkl. Geh. Rath und Kämmerer, General der Kavallerie und Inhaber des Dragonerregiments Prinz Eugen von Savoyen Nr. 1, ist gestern gestorben. — Die anglo-österreichische Bank veröffentlicht ihren Rechnungsabschluss pro 1865. Außer der schon geleisteten Abschlagszahlung von 5/8 Proz. wird noch eine weitere Dividende von 7/8 Proz. vertheilt.

Nachricht.

Telegramme.

* **Berlin, 28. Mai.** Die Rückkehr des Kronprinzen von Breslau wird auf Dienstag Morgen erwartet. Heute wird der Uebergabe der Konferenzeinladungen entgegengesehen.

* **Wien, 27. Mai.** (A. Z.) Der Kaiser sagte in seiner Ansprache bei der gestrigen Garnisonsrevue: er habe mit Befriedigung die Kriegsbegeisterung der Truppen wahrgenommen, dieselbe sei ein großer Faktor zur möglichen Friedenserhaltung. Sollten jedoch die Bestrebungen, den Krieg abzuhalten, scheitern, so werde die Kriegsbegeisterung nicht minder ein segensreicher Faktor für die Armee, die Wölfer und das Vaterland werden. — Der Prinz zu Hohenzollern hat den Mächten seine Thronbesteigung als Hospodar von Rumänien angezeigt.

* **Wien, 27. Mai.** (W. L.-B.) (Authentisch.) Die Post zeigte am Freitag den Großmächten an, sie werde sofort die Donaufürstenthümer militärisch okkupiren, was wahrscheinlich bereits geschehen.

* **Bukarest, 27. Mai.** (W. L.-B.) Demeter Ghila ist gestern mit einem Schreiben des Fürsten Karl an den Kaiser von Oesterreich abgereist. Die Kammer votirte eine Subsidie von 100,000 Dukaten. Der Fürst nimmt nur das zur Unterhaltung seines Haushaltes Erforderliche an. Morgen reist derselbe nach der Moldau ab.

* **Saag, 27. Mai.** (Allg. Ztg.) Der Prinz von Augustenburg (welcher?) ist hier eingetroffen. Man vermuthet, seine Reise stehe mit den deutschen Angelegenheiten in Verbindung. Der Prinz hat um eine Audienz beim König nachgesucht.

* **Saag, 28. Mai.** Neues Ministerium: Van Zuylen Auswärtiges, Heemskerk Inneres, Schimmelpfennig Finanzen, Myer Kolonien, Borret Justiz, Andrea Marine; das Kriegsministerium noch unbesetzt.

* **Lissabon, 27. Mai.** (W. L.-B.) Eine brasilische Division landete am 16. April auf dem linken Ufer des Paraguay und schlug die Paraguiten, welche am 23. gegen Humaita sich kämpfend zurückzogen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
26. Mai					
Morgens 7 Uhr	27° 6,23	+ 10,5	S.W.	ganz bew.	trüb, mild
Mittags 2 „	„ 6,70	+ 14,5	„	„	Strichreg. u. Gew.
Nachts 9 „	„ 7,02	+ 10,5	„	„	trüb, Strichregen
27. Mai					
Morgens 7 Uhr	27° 8,13	+ 11,5	S.W.	stark bew.	Sonnendf., kühl
Mittags 2 „	„ 8,50	+ 15,5	„	„	Strichreg.
Nachts 9 „	„ 8,93	+ 11,5	„	„	sternhell, kühl

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroentlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 29. Mai. 2. Quartal. 66. Abonnementsvorstellung. **Der geheime Agent;** Lustspiel in 4 Akten, von Hackländer. „Oberstjohannessen“ — Hr. Höder vom großh. Hoftheater in Weiningen, als 2. Gastrolle.

Mittwoch 30. Mai. 2. Quartal. 67. Abonnementsvorstellung. **Die Schweizerfamilie;** lyrische Oper in 3 Akten, von Weigel.

3.1.273. Fahr. Freunden und Bekannten widmen wir die traurige Nachricht, daß unser geliebter Gatte, Vater und Schwiegervater, Karl Friedrich Maurer, heute in einem Alter von 69 Jahren, in Folge eines Unglücksfalles, verschieden ist.

Um stille Theilnahme bitten, Fahr, den 25. Mai 1866, Die Hinterbliebenen.

3.1.249. Karlsruhe. Bekanntmachung.

Vom 1. t. Mts. an werden folgende tägliche Postomnibus-Kurze unterhalten werden: 1) Zwischen Appenweier und Petersthal: Aus Appenweier um 9³⁰ Vorm., 1¹⁵ Nachm. und 4³⁰ Abends; in Petersthal um 12³⁰ und 4¹⁵ Nachm. und 7³⁰ Abends.

3.1.274. Karlsruhe. Bekanntmachung.

Vom 1. Juni d. J. an wird der beschleunigte Nachtzug Nr. 26 von Station Basel um eine halbe Stunde später als bisher, nämlich um 9 Uhr 15 Minuten

3.1.286. Nr. 2025. Mannheim. Wundarzneidieners-Stelle.

Bei dieser Stelle ist die Stelle des Hauswundarzneidieners mit einem Jahresgehalte von 400 fl. nebst freiem Dienstzimmer, freier Lagerung, Heizung und Beleuchtung für seine Person zu belegen.

3.1.230. Stuttgart. Commisstelle-Gesuch.

Ein solider militärischer junger Mann, ein Wirttemberger, in dem Kolonial- und Eisenwaarenfach vertraut, wünscht in Bälde auf einem Comptoir, Magazin oder Detailgeschäft engagirt zu werden.

3.1.251. Bremen. Agenten-Gesuch.

Ein bedeutendes Bremer Auswanderungs- und Abbedereigeschäft sucht für das Großherzogthum Baden einen tüchtigen und rührigen General-Agenten unter äuserst vortheilhaften Bedingungen anzustellen.

3.1.267. Einzheim bei Bad. Zuchtstier-Verkauf.

Sechs selbstgezogene, schöne Zuchtstiere von 1 1/4 Jahren, der grauen Schweizer race angehörig, sind bei Gustav Linck in Einzheim bei Baden zu verkaufen.

3.1.234. Pforzheim. Ein Dampfkeffel.

gut erhalten, für eine Maschine von 20 Pferdekraften, wird zu kaufen gesucht von Chemiker Ungerer in Pforzheim.

3.c.976. Industrie-Börse in Stuttgart. Nächster Börsentag: Montag den 4. Juni 1866.

3.1.217. Gasthof zum Salmen, Post, Wolfach im Kinzigthal,

comfortabel eingerichtet, gute Bedienung, billige Preise, zu jeder Zeit elegante Wagen zu Ausflügen nach den reizenden Thälern, empfiehlt sich bestens dem reisenden Publikum, Wolfach, im Mai 1866, Jakob Eberhardt.

3.1.281. Kenzingen. Bad- und Gasthaus-Empfehlung.

Der Unterzeichnete macht bekannt, daß er im Garten bei seinem Gasthause zum Löwen, unmittelbar neben der Eisenbahnstation, am Glasthale, eine allen neuern Anforderungen entsprechende Badanstalt für warme und kalte Bäder errichtet und eröffnet hat.

3.1.269. Bad Griesbach

ist wieder eröffnet. Die Kuranstalt, 1634 über dem Meere gelegen, in romantischer Gegend, vor Nord- und Ostwinden geschützt, von Fichtenwäldern umgeben, mit mildem gesundem Klima und reiner Waldluft, brüht neben der berühmten alten, durch Neufassung wesentlich an Gas und Wasser reicher gemordener Stochquelle

3.g.353. Bad Gleisweiler, Eisenbahnstation Landau in Rheinbayern.

Wasserkur und Dampfäder zu jeder Jahreszeit, Voltentur- und Riefernadelbäder von 1. Mai an. - Prospekte und nähere Auskunft durch Dr. med. L. Schneider.

3.1.232. Brauerei- und Wirtschaftsverpachtung in einer der lebhaftesten Fabrikstädte Badens und in besser Lage dasselbst.

3.1.272. Krotoschin. Gedörnte und geschälte Sichel, sowie Sichel-Kaffee offerirt zu sehr mäßigen Preisen

Wayer Kagenellenbogen in Krotoschin (Großherzogth. Posen).

3.1.203. Karlsruhe. Hausversteigerung.

Aus dem Nachlasse der verewittweten Frau Therese Haber dahier wird auf Antrag ihrer Erben Donnerstags den 7. Juni l. J., Nachmittags 3 Uhr, im Hause Nr. 19 der Waldhornstraße dahier das nachbeschriebene Anwesen einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt

3.1.214. Langensteinbach. Liegenschafts-Versteigerung.

In Folge richterlicher Verfügung werden dem ja. Martin Lichtenberger von Grünwettersbach am Samstag den 16. Juni d. J., Vormittags 8 Uhr, auf dem Rathhause zu Grünwettersbach die unten erwähnten Liegenschaften auf vorerster Gemarlung einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt

3.1.276. Freiburg. Eichenstämme-Versteigerung.

Aus den Stadtwaldungen von Freiburg werden am Freitag den 1. Juni d. J. versteigert: Aus Distr. II 6, Dromberg, ca. 1071 Wellen Eichenrinde, III 3, Krenschloß, 639

3.1.265. Nr. 192. Mittelberg. (Holzversteigerung.)

Aus diesseitigen Domänenwaldungen werden von Begleitern, Dürrenländer- und Windbruchhölzern mit Borgfrist Dienstag den 5. Juni l. J., Vormittags 9 Uhr, in Frauenalb versteigert: 56 tanene Säg- und Spaltstücke, 39 do. Bauholzstämme, 65 do. Stangen, 10 eichene und 61 buchene Wagnerhengen, 3/4 Kfir. buchene, 8 Kfir. tanene Scheitholz, 13 1/2 Kfir. buchene, 7 1/2 Kfir. gemischtes Brühlholz, 30 Kfir. tanenes Stochholz.

3550 Stück buchene und 325 Stück gemischte Wellen. Die Halbblätter Ferdinand Meyer und Anton Raier in Mittelberg werden auf Verlangen die Hölzer vorzeigen.

3.1.284. Karlsruhe. Grabversteigerung.

Der diesjährige Heugradenwachs unteres Bezirkes wird an folgenden Tagen losweise öffentlich versteigert werden: Donnerstag den 7. Juni 1866, Morgens 8 Uhr, in dem Wirthshause zum Hirs in Rappurr:

von 277 Morgen des Kammerguts Rappurr und Sägenidbruchwiesen, Gemarlung Gillingen.

Freitag den 8. Juni, Nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathhause zu Graben: von 17 Morgen auf der Gemarlung Graben, Ruchheim.

Montag den 11. und Dienstag den 12. Juni 1866, Morgens 8 Uhr, im Wirthshause zum Augusten bei Karlsruhe:

von 326 Morgen des Kammerguts Gollschau. Mittwoch den 13. Juni, Nachmittags 2 Uhr, in dem Wirthshause zum Grünen Baum bei Ruchhausen:

von 77 Morgen Haardtbruchwiesen, Gemarlung Gillingen, Brühlwiesen, Gemarlung Sulzbach, Fischweierwiesen, Ralsch, Karlsruhe, den 25. Mai 1866.

3.1.256. Nr. 1937. Offenburg. (Ladung.)

In Sachen der Theresia Palmer, ledig, in Durbach, des Johann Florian und Sebastian Lott dortselbst, der Letztere für sich und als Vormund der minderjährigen Kinder der verstorbenen Katharina Palmer, Ehefrau des Josef Roth in Retschleib, als: Franziska, Theresia, Helena und Maria Anna Roth von dort, des Georg Palmer in Cincinnati und der Carlotta Roth, Ehefrau des Leopold Bollmer in Durbach, gegen Christian und Anton Müller in Durbach, Wendelin Müller in Reichensbach, die minderjährige Reszencia Müller in Durbach unter Vormundschaft ihres Vaters Heinrich Müller dortselbst und gegen Heinrich Benz, Josef, Georg und Bernhard Lott von dort, die vier Letzteren jetzt in Amerika, Erbscheidung betr., hat Rechtsanwalt von Feder dahier folgende Klage erhoben: Magdalena Kiefer von Durbach sei zuerst mit Jgnaz Palmer, sodann seit 1806 mit Georg Benz verheiratet gewesen; Nachkommen erster Ehe als Vater einkomme, und daß dasjenige Vermögen, welches über seinen Vorbehalt von 1100 fl. und dem Voraus der Palmer'schen Kinder nach dem Tode eines der Ehegatten vorhanden wäre, unter sämtliche Kinder beider Ehe gleichtheilhaft vertheilt werden solle.

3.1.32. Bruchsal. Liegenschafts-Versteigerung.

In Folge richterlicher Verfügung werden dem Müller Roman Schmitt zu Untergrombach im dortigen Rathhause am Donnerstag den 7. Juni 1866, Morgens 9 Uhr, unten beschriebene Liegenschaften mit dem Bemerkten öffentlich zu Eigentum versteigert, daß der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn der beigelegte Schätzungspreis oder darüber geboten wird.

1 Morg. 1 Brfl. 11 1/2 Rth. Acker in 4 Abtheilungen 4,000 fl.

1 Brfl. 1 1/2 Rth. Weinberg in 2 Abtheilungen 180 fl.

Zusammen 15,180 fl. Fünftausend einhundert achtzig Gulden.

3.1.278. Bühl bei Offenburg. Stammholzversteigerung.

Die Gottshaldgenossenschaft läßt am Montag den 4. Juni d. J., Vormittags 8 Uhr anfangend, circa 800 Stück zu Boden liegende, geschälte Eichenstämme, welche sich vorzüglich zu Bau-, Nutz- und Wagnerholz eignen, auf dem Plage im Schlag Nr. 25, 26 öffentlich versteigern.

3.1.276. Freiburg. Eichenstämme-Versteigerung.

Aus den Stadtwaldungen von Freiburg werden am Freitag den 1. Juni d. J. versteigert: Aus Distr. II 6, Dromberg, ca. 1071 Wellen Eichenrinde, III 3, Krenschloß, 639

3.1.220. Nr. 11,306. Heidelberg. (Fahrbung.)

Wasser Heinrich Hed von Kirchheim ist wegen wibernatlicher Unzucht zu einer Arbeitshausstrafe von 1 Jahr verurtheilt. Derselbe hat sich dem Urtheilsvollzug durch die Flucht entzogen. Wir bitten um Fahndung auf Heinrich Hed und Einlieferung desselben im Betretungsfalle.

3.1.266. Nr. 11,769. Freiburg. (Bekanntmachung.)

Nach Beschluß vom heutigen, Nr. 11,759, ist heute unter D. B. 169 die Firma Otto Hermann Hieber in Freiburg in das Firmenregister dahier eingetragen worden, und nach dem Ehevertrag vom 12. Juli 1864 mit Maria, geb. Serramin, von hier hat jeder Theil 100 fl. in die Ehegemeinschaft eingeworfen, und ist alles übrige, gegenwärtige und zukünftige Fahrensvermögen davon ausgeschlossen. Freiburg, den 16. Mai 1866. Groß. bad. Amtsgericht. Die p.